

Ein gefährliches Spiel

Hochschulen und Wissenschaft in den neuen Ländern aus ökonomischer Perspektive

| HORST GISCHER | Wenn das Geld knapp wird, muss gespart werden. Das ist legitim und gilt für die alten wie die neuen Bundesländer gleichermaßen. Ob aber ausgerechnet die Hochschulen die richtige Adresse sind, ist fraglich. Denn mit einem drastischen Rückbau der Hochschulkapazitäten gefährden die neuen Bundesländer nicht nur den wirtschaftlichen Aufholprozess. Sie setzen auch ihre ökonomische und gesellschaftliche Zukunft aufs Spiel.

In den neuen Bundesländern stehen die Hochschulen auf dem Prüfstand. In Sachsen-Anhalt hat die Auseinandersetzung um die zum Teil massiven Kürzungsbestrebungen der Landesregierung sogar zu einem Wechsel im zuständigen Wissenschaftsministerium geführt. Die angekündigten Sparvolumina bedrohen einzelne Hochschulen in ihrer Exis-

»Die fiskalischen Zwänge werden auch mittelfristig nicht geringer.«

tenz, öffentliche Demonstrationen gegen die geplante Politik haben bisher noch keine erkennbare Wirkung erzielt. Nicht nur die Zukunft der ostdeutschen Hochschullandschaft, sondern wesentlich mehr steht auf dem Spiel, wenn kein fundamentales Umdenken im Bildungssektor stattfindet.

Der Zeitpunkt der Debatte ist außerordentlich unpassend. Große Teile der Bevölkerung in den neuen Bundesländern haben gegenwärtig andere Sorgen, sie stehen vor der Bewältigung der immensen Schäden der jüngsten Hochwasserkatastrophe. Nicht zuletzt aufgrund der Hilfs-

zusagen der betroffenen Länder und des Bundes ist zudem anzunehmen, dass die ohnehin knappen öffentlichen Kassen ihre noch verfügbaren Notreserven vorrangig den aktuellen Flutopfern zur Verfügung stellen. Die fiskalischen Zwänge werden auch mittelfristig nicht geringer. Es wäre freilich fatal, wenn dadurch bereits vorgesehene Sparmaßnahmen im Hochschulsektor, gleichsam der normativen Kraft des Faktischen geschuldet, einer kritischen Überprüfung entzogen würden.

Wirtschaftliche Lage

Auch mehr als 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in den neuen Ländern noch immer deutlich schlechter als in der alten Bundesrepublik. Im Durchschnitt ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Osten rd. 20 Prozent geringer als im Bundesmittel, die Ostländer fallen in dieser Kategorie z.T. deutlich mehr als 10 Prozent hinter das „ärmste“ Bundesland im Westen zurück. Zudem sind die Beitrittsländer erkennbar dünner besiedelt und liegen in ihrer gewerblichen Infrastruktur weiter-

hin zurück. Obwohl in den vergangenen zwei Dekaden ohne Zweifel beachtliche soziale und ökonomische Erfolge bei der Restrukturierung verzeichnet werden konnten, fehlt es den neuen Ländern vielfach an nachhaltig prosperierenden Sektoren oder Unternehmen.

Neuordnung der Hochschulen

Ausgesprochen erfolgreich hat sich allerdings die Neuordnung der Hochschulen in den ostdeutschen Bundesländern entwickelt. Die breitflächig reorganisierten Fakultäten, häufig mit einem jungen und innovativen Lehrkörper besetzt, nach und nach mit moderner Technologie und Infrastruktur ausgestattet, bieten überdurchschnittlich gute Studien- und Forschungsbedingungen. Die Studierenden profitieren von günstigen Betreuungsquoten und relativ niedrigen Kosten für die Lebenshaltung. Den Lehrenden bot sich die einmalige Gelegenheit, neuartige Konzepte und Strukturen zu etablieren sowie Schwerpunkte in der Forschung zu setzen, die sich konsequent am internationalen Wissenschaftswettbewerb orientieren. Es besteht kein Zweifel, dass viele Bereiche sowohl der technischen als auch der geisteswissenschaftlichen Fächer nachhaltig von den Impulsen der ostdeutschen Hochschulen profitiert haben. Viele ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen gehören inzwischen nicht nur in Deutschland zu den ersten Forschungsadressen.

Hochschulen sind attraktive und dynamische Systeme. Sie erzielen regelmäßig eine nicht zu unterschätzende Außenwirkung, werden damit zu Anziehungspunkten für forschungsnahe Einrichtungen wie Technologieparks oder Start-Ups und schaffen nicht selten dauerhaft neue Arbeitsplätze im hochschulaffinen Umfeld. Zahlreiche Universitä-

A U T O R

Horst Gischer ist Inhaber des Lehrstuhls für Monetäre Ökonomie und öffentlich-rechtliche Finanzwirtschaft an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Seine Forschungsinteressen liegen vornehmlich in den Bereichen Bankensysteme und Bankenregulierung, Analyse von systemischen Risiken und Industrieökonomik.



ten in den neuen Bundesländern gehören selbst zu den größten Arbeitgebern in ihrer Region. Sie attrahieren hochqualifizierte Mitarbeiter, die ihrerseits auch das gesellschaftliche Leben im Umkreis der Hochschulen positiv beeinflussen.

Es darf sehr wohl unterstellt werden, dass alle bisher beschriebenen Attribute von höheren Bil-

dungseinrichtungen auch denjenigen öffentlichen Entscheidungsträgern bekannt sind, die jetzt den Finanzie-

rungsrahmen der ostdeutschen Hochschulen spürbar einschränken wollen. Sie verweisen auf die Konsolidierungszwänge als Folge überbordender Haushaltsdefizite sowie die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse. Spätestens an dieser Stelle beginnt regelmäßig ein heftiger Streit zwischen Kritikern und Befürwortern der Sparpolitik über Steuereinnahmen, Bildungsausgaben, Quoten und Prognosen, also über Zahlen, statt über vorausschauende Strategien.

Rekurriert wird ergänzend auf den drohenden (?) demographischen Wandel, der die Notwendigkeit des Rückbaus der Hochschulen zu unterstützen scheint.

Getreu der Devise „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“ will der Verfasser eine abweichende Argumentationsrichtung verfolgen.

»Das Muster der ›schöpferischen Zerstörung‹ gilt gerade auch für die neuen Bundesländer.«

Es soll stattdessen eine breitere Perspektive gewählt werden. Ungeachtet der eingangs beschriebenen Defizite sind die neuen Bundesländer Bestandteile einer hochentwickelten industriell geprägten Volkswirtschaft, die zudem – im internationalen Vergleich – mit geringen Rohstoffvorkommen ausgestattet ist. Der relative Wettbewerbsvorteil der deutschen Ökonomie liegt in ihrem außerordentlich hohen Niveau an vielfältig einsetzbarer Technologie. Diese wie-

derum ist nicht zuletzt das Ergebnis gezielter und erfolgreicher Forschung sowie bedarfsgerechter Ausbildung an deutschen Hochschulen.

Ein Blick abseits des bisherigen Spielfeldes offenbart die Weiterungen. Der beachtliche Anstieg der Beschäftigung in Deutschland nach der tiefen Rezession im Jahr 2009 verschleiert die weiterhin vorhandenen Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Dauerhaft bzw. wiederholt arbeitslos werden insbesondere Personen mit unterdurchschnittlichem Bildungsniveau. Arbeitsplätze für geringqualifizierte werden in hochentwickelten Ökonomien entweder durch Maschinen ersetzt oder in Länder mit niedrigerem Lohnniveau verlegt. Der Strukturwandel in westlichen Industrienationen verlangt kontinuierliche Investitionen in Humankapital, um Inventionen und Innovationen zu generieren. Massenproduktionsvorteile in „bewährten“ Herstellungsverfahren, z.B. in der Stahlindustrie, werden hingegen inzwischen großenteils in Schwellenländern erzielt.

Dieses Muster der „schöpferischen Zerstörung“ (Joseph Alois Schumpeter, 1883-1950) gilt auch, oder besser: gerade, für die neuen Bundesländer. Ihre Position im europäischen Wettbewerb der Regionen werden sie nur dann behaupten können, wenn sie sich dem Wandel der Anforderungen nicht entgegenstellen. Hochwertige Ausbildung und leistungsfähige Forschungsstätten sind die Pfunde, mit denen erfolgreiche (Bundes-)Länder wuchern. Der Blick auf die Demographie sollte daher die Anstrengungen nicht bremsen, sondern – im Gegenteil – befördern. Es wäre in höchstem Maße engstirnig, die Kapazitäten der Hochschulen allein an den zukünftig erwarteten Schulabgängern im eigenen Bundesland auszurichten.

Dies wäre insofern wenig empfehlenswert, da Prognosen über die Zahl der Studienanfänger einer Reihe von Unwägbarkeiten unterliegen. Zum einen setzt die öffentliche Bildungspolitik weiterhin auf steigende Abiturientenquoten, zum anderen steht immer noch die Liberalisierung des Hochschulzuges auf der politischen Agenda. Ergänzend ist es gerade den ostdeutschen Hochschulen in der Vergangenheit er-

folgreich gelungen, Studierende insbesondere aus Osteuropa und Asien an ihre Einrichtungen zu binden. Darüber hinaus, und damit schließt sich der Kreis, nehmen auch zunehmend Abiturienten aus Westdeutschland ein Studium in den neuen Bundesländern auf, um von den (noch) attraktiven Studienbedingungen zu profitieren.

Das in diesem Zusammenhang regelmäßig vorgetragene Argument, es wäre zu teuer, Studierende hochwertig auszubilden, die nach dem Examen in ihre Heimat zurückkehren, überzeugt bei näherem Hinsehen nicht. Träfe dieser Einwand zu, wäre es zielführend, insbesondere für Studierende aus dem Ausland, deren dauerhafter Aufenthalt nach der Ausbildung in Deutschland noch weniger wahrscheinlich ist, konsequent Studiengebühren zu erheben. Überdies erscheint eine vornehmlich innerregional ausgerichtete Kosten-Nutzen-Analyse wenig sinnvoll, da das deutsche Föderalsystem auf gegenseitige Kompensation von Belastungen und Bevorzugungen abstellt. Der Länderfinanzausgleich bietet die Gelegenheit, „Bildungsexporte“ von Hochschulen finanziell geltend zu machen. Dies wäre

auch insofern sachgerecht, als zahlreiche Unternehmen in den wirtschaftlich starken Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern ihre hochqualifizierten Mitarbeiter ohne die Studienmöglichkeiten (u.a.) in Ostdeutschland gar nicht rekrutieren könnten. Die überdurchschnittlichen Wachstumsraten in den Geberländern wären mithin ohne hochwertige Studienangebote in einzelnen Nehmerländern gar nicht erzielbar.

Unberücksichtigt bleibt zudem häufig der „Klebeffekt“, d.h. der durchaus nennenswerte Prozentsatz der Studierenden aus Westdeutschland, die nach dem Hochschulabschluss ihrer Studienregion treu bleiben. Die Bedeutung dieses Phänomens steigt mit der infrastrukturellen Attraktivität des Umfeldes, also der gewerblichen und kulturellen Ausstattung. Agglomerationsprozesse verstärken die Ansiedlungsbereitschaft, denn ein qualitativ hochwertiges Arbeitskräfteangebot zieht durchaus technologisch anspruchsvolle Dienstleistungs- und Produktionsbetriebe an. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist heute wichtiger denn je, ohne Hochschule keine Hochtechnologie.

Mit einem umfangreichen Rückbau der Hochschulkapazitäten gefährden die neuen Bundesländer nicht nur den immer noch Kraft raubenden wirtschaftlichen Aufholprozess, sie setzen auch ihre ökonomische und gesellschaftliche Zukunft aufs Spiel. Die Altersstruktur im Osten ist z.T. deutlich ungünstiger als in Westdeutschland, ein weiterer Wegzug in die alten Länder würde mithin die relativen Alterslasten in Ostdeutschland zusätzlich erhöhen. Eine derartige Entwicklung ist vornehmlich durch die nachhaltige Bindung junger Menschen aufzuhalten. Wie diese ohne konkurrenzfähige Bildungsangebote und Perspektiven offerierende Arbeitsplätze erreicht werden kann, erschließt sich dem kritischen Beobachter allerdings nicht. Dass angesichts zukünftig weniger stark sprudelnder staatlicher Einnahmequellen auch Abstriche bei den Gesamtausgaben für den Hochschulbereich gemacht werden müssen, ist den Betroffenen durchaus vermittelbar. Gleichwohl sind bis dato die kolportierten Sparkonzepte beinahe ausschließlich ohne Mitwirkung der Beteiligten entwickelt worden, nicht nur hier ist eine politische Neujustierung dringend geboten. Es geht nicht um Einzelne, es geht um alles.

Anzeige

Arbeitskreis
Deutsch
als
Wissenschaftssprache
e.V.

in der Wissenschaft
Deutsch



„Die sogenannte exakte Wissenschaft kann niemals und unter keinen Umständen die Anknüpfung an das, was man die natürliche Sprache oder die Umgangssprache nennt, entbehren.“

(Carl Friedrich v. Weizsäcker)

... das heißt: Um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen und diese sich selbst und anderen anschaulich zu machen, brauchen Sie Wörter wie zum Beispiel

Säure
Schwerkraft

Herzzeitvolumen

Wollen Sie in Ihrem wissenschaftlichen Denken auf solche Wörter verzichten?

Wenn auch Sie für die Erhaltung der Einzelsprachen in den Wissenschaften eintreten, dann schließen Sie sich der Reihe namhafter Unterstützer an und werden Sie Mitglied im Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache!

Mehr zu den Zielen des ADAWIS e.V. unter: www.adawis.de